

mächte auch Formen kirchlicher Pluralität zu ersinnen, die den bisher vorherrschenden lateinischen Begriff von Einheit der Kirche überschreiten, ganz einfach deshalb, weil man sonst nicht weiterkäme.

Das würde bedeuten: ein Zusammengehen oder gar eine Form sichtbarer Einigung im kirchenrechtlichen Sinne ist heute nur denkbar auf der Grundlage, daß die Vollmachten des Primats für die Gesamtheit der Kirchen — der Plural gehört hier im urchristlichen Sinne zum Wesen der Einen Kirche — nicht in den Kategorien des lateinischen Kirchenrechts konzipiert werden, sondern eher im Sinne der Anerkennung der ostkirchlichen Patriarchatsverfassung. Diese über die lateinische Kirche hinausgreifende Jurisdiktion des Papstes würde dann möglicherweise in Übereinstimmung gebracht werden mit einer genau zu regelnden — tatsächlich auch in der lateinischen Kirche seit dem Ersten Vatikanum in dogmatischen Fragen praktizierten — Mitwirkung des Kollegiums der Bischöfe bzw. der Patriarchen. Ob eine derartige Lösung nun als Kompromiß für eine Übergangszeit erdacht wird oder ob es schon möglich ist, ihr eine endgültige dogmatische und kirchenrechtliche Form zu geben, das ist vorerst kein Gebetsanliegen. Der römischen Tradition entspricht die Kunst realistischen Improvisierens. Das Gebet sollte aber wissen, welches Ausmaß an Großzügigkeit, Liebe und Verstehen aufgegeben ist.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Die Arbeit der kirchlichen Zeitschriftendienste Die Herder-Korrespondenz berichtete vor Jahren (vgl. 13. Jhg., S. 75 f.) über die ersten Besprechungen und Bewertungen westdeutscher Unterhaltungszeitschriften durch die Arbeitsstelle für Zeitschriftenberatung in Münster. Inzwischen sind im „Zeitschriftendienst“ seit August 1958 (Heft 1) bis zum Januar 1963 (Heft 14/15) 394 Bewertungen veröffentlicht worden. Allein das Januar-Heft 1963 brachte 55 Bewertungen von Unterhaltungszeitschriften und Illustrierten. Die Bewertungsskala umfaßt seit einigen Jahren sechs Prädikate. Nach diesen Maßstäben gliedern sich die zuletzt bewerteten Zeitschriften wie folgt (die Zahl neben dem Titel gibt die Auflagenhöhe Ende 1962 an):

Unbedenklich: Zeitschriften mit einwandfreier Text- und Bildgestaltung, insbesondere solche, deren Aussagen christliche Anschauungen und Sitten, vor allem im Hinblick auf Ehe, Familie, Jugendziehung, Staat und Gesellschaft, wenigstens indirekt fördern. Der Anzeigenteil enthält sich jeder anstößigen Werbung.

Gong	433 000
Der Feuerreiter	247 000
Merian	143 000
Der Sonntag im Bild	133 000
Das Tier	130 000
Funk-Kalender	110 000
Katholischer Digest	102 000
Der Sonntag	80 000
Die Woche	65 000
kontraste	50 000
Die Woche im Bild	45 000
erdkreis	9 700
	1 547 700

Auch für Jugendliche tragbar: Zeitschriften, deren Aussagen nicht gegen christliche Grundsätze und Sitten ver-

stoßen. Die Berichterstattung ist wahrhaftig. Der Bild- und Textteil ist frei von Darstellungen, die mit den christlichen Grundsätzen der Jugendziehung unvereinbar sind. Der Anzeigenteil enthält sich jeder anstößigen Werbung.

Ratgeber für Haus und Familie	433 000
Scala international	400 000
Deutscher Hausfreund Illustrierte	178 000
Westermanns Monatshefte	123 000
Selbst ist der Mann	99 000
Du und die Welt	85 000
Frohe Freizeit ff + Mach mit	62 000
	1 380 000

Mit Einschränkungen tragbar: Zeitschriften, deren Aussagen im allgemeinen und prinzipiell nicht gegen christliche Grundsätze und Sitten verstoßen. Die Berichterstattung ist im allgemeinen wahrhaftig. Der Bild- und Textteil nimmt jedoch auf jugendliche Leser nicht genügend Rücksicht. Der Anzeigenteil enthält sich jeder Werbung für anstößige Waren.

Das Beste aus Reader's Digest	1 215 000
Für Sie	791 000
Brigitte	639 000
Praline	631 000
Frankfurter Illustrierte	473 000
Kristall	465 000
Bild und Funk	462 000
Film und Frau	451 000
Funk und Familie	315 000
Schweizer Illustrierte Zeitung	221 000
IBZ — Illustrierte Berliner Zeitung	100 000
Das Schönste	63 000
Der Regenbogen	21 000
	5 847 000

Bedenklich: Zeitschriften, deren Inhalt und Gestaltung ein besonders kritisches Unterscheidungsvermögen erfordern; in einzelnen Beiträgen oder in ihrer Gesamttendenz stehen sie nicht immer mit den Auffassungen der katholischen Glaubens- und Sittenlehre in Einklang. Ihre Lektüre kann zu falschen Vorstellungen über den Menschen und seine Umwelt führen.

Hör zu	3 778 000
TV Hören und Sehen	1 432 000
Quick	1 381 000
Bunte Illustrierte / Münchner Illustrierte	1 078 000
Funk-Uhr	546 000
Der Hausfreund — 7 Tage	405 000
Sie und Er	128 000
	8 748 000

Abzuraten: Zeitschriften, deren Text- und Bildaussagen in ihrer Gesamttendenz oder durch gehäufte bedenkliche Einzelheiten auf den Durchschnitt der Leser einen negativen Einfluß ausüben können. Das bezieht sich vor allem auch auf Romane und Berichte, die Tatbestände und Probleme falsch oder einseitig darstellen und gegen christliche Anschauungen und Sitten verstoßen. Hierzu können u. a. gehören: sexuell betonte Wort- und Bild Darstellungen, die Herausstellung von Grausamkeiten und die Veröffentlichung von Horoskopen.

Neue Illustrierte	1 033 000
Heim und Welt	832 000
Constanze	719 000
Neue Post	404 000
Das Grüne Blatt	395 000
Wochenend	309 000
	3 692 000

Abzulehnen: Zeitschriften, die in Wort und Bild — unter Umständen auch im Anzeigenteil — häufig und in grober Weise gegen die christlichen Anschauungen und Sitten verstoßen. Auf den Durchschnitt der Leser üben sie einen verderblichen Einfluß aus.

stern	1 532 000
Revue	1 347 000
Das Neue Blatt	1 267 000
Neue Welt am Sonnabend	644 000
Bravo	643 000
Film-Revue	454 000
Freundin	453 000
Frau im Spiegel	367 000
twen	100 000
party	30 000
	6 837 000

Mehr als die Hälfte (58,2%) der 55 hier aufgezählten Zeitschriften wurde positiv beurteilt (von „unbedenklich“ bis „mit Einschränkungen tragbar“), der Auflagenhöhe nach aber machen sie nur 31,3% aus. 19 277 000 negativ beurteilten stehen 8 774 700 wöchentlich verbreiteter positiv beurteilter Exemplare gegenüber. Die Zahl der positiv zu bewertenden Zeitschriften ist — entsprechend einem leichten Trend zur Senkung des Niveaus — seit der letzten Aufstellung um 1,1 Millionen Exemplare gesunken. Zu ähnlichen Bewertungen wie der katholische „Zeitschriftendienst“ kommt — von wenigen Ausnahmen abgesehen — die evangelische „Zeitschriftenbeobachtung“, wengleich sie keine prädikatisierende Einstufung der Zeitschriften vornimmt. Über die Arbeit der beiden kirchlichen Zeitschriftendienste legte kürzlich der Steyler Missionar Franz-Josef Eilers eine Arbeit vor, die insofern größere Beachtung verdient, da es zu diesem Thema noch keine eigene Monographie gibt. Unser folgender Bericht basiert im wesentlichen auf den Ausführungen Eilers’.

Katholischer „Zeitschriftendienst“ (ZSD)

Der Beginn des katholischen „Zeitschriftendienstes“ geht in den Winter 1953/54 zurück, als sich in Münster — ange-regt durch die Erfahrungen der Mitarbeiter des katho-lischen Lesezirkels „Orbis“ — ein Arbeitskreis bildete, der begann, Illustrierte und Unterhaltungszeitschriften unter religiösen, ethischen und moralischen Gesichtspunkten zu prüfen. Im Mai 1957 kam es dann in Köln zur Gründung einer „Arbeitsstelle für Zeitschriftenberatung e. V.“, deren Mitglieder, insbesondere katholische Laien, Männer und Frauen aus allen Berufsgruppen, sich bereit erklärten, Illustrierte und Zeitschriften kontinuierlich zu prüfen. Eine erste Ausgabe des „Zeitschriftendienstes“ mit den ersten Bewertungen erschien dann im August 1958. Er war von Anfang an für die Öffentlichkeit bestimmt und konnte von jedermann abonniert werden. Heute beträgt die Druckauflage 11 000 bis 12 000 Exemplare, die Zahl der festen Bezieher bewegt sich um 10 000. Die Einzel-bezieher des ZSD sind meist Pfarrämter, Lehrpersonen, Verlage, Redaktionen, Zeitschriftengroßhändler, Buch-handlungen, Ärzte und Bildungseinrichtungen. Eine weitere Verbreitung finden die Arbeitsergebnisse des ZSD durch Veröffentlichungen in verschiedenen katholischen Zeitschriften.

Seit 1960 besteht auch in Österreich nach dem deutschen Vorbild ein „Zeitschriftenberater“, der im Auftrag der Bischofskonferenz herausgegeben wird. Ein ähnlicher Dienst besteht in Italien (älter als der deutsche Dienst) und in Belgien. Sowohl der italienische als auch der bel-gische Dienst beschränken sich auf eine ziffernmäßige Ein-stufung der erfaßten Publikationen, ohne eine nähere Begründung. Der deutsche ZSD ist außer in der Bundes-republik verhältnismäßig stark in Luxemburg, in den deutschsprechenden Gebieten Belgiens und in der Schweiz verbreitet.

Evangelischer „Zeitschriftenbeobachtungsdienst“ (ZBD)

Ähnlich wie der katholische ist auch der evangelische Zeit-schriftenbeobachtungsdienst aus Laienkreisen entstanden. Gemeindemitglieder, die sich für eine saubere Gesamt-atmosphäre im öffentlichen Leben verantwortlich fühlten, gaben den Anstoß zur Einrichtung eines Zeitschriften-beobachtungsdienstes durch die Evangelische Kirche im Rheinland. Ein hektographierter Bericht über die ersten Untersuchungsergebnisse erschien dann im Frühjahr 1957 unter dem Titel „Zeitschriftenbeobachtungsdienst“. Diese Ausgaben tragen in der Folge den Vermerk: Nur zur In-formation, nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Die Auf-lage des bisher nur hektographierten Dienstes dürfte sich um 500 bewegen. Die Ausgaben werden verschickt an Behörden, die sich für die Arbeit des ZBD interessieren bzw. zu interessieren sind; einzelne Personen und Vereinigun-gen, die ausdrücklich um die Übersendung des ZBD bit-ten; Kirchenleitungen der evangelischen Landeskirchen in der Bundesrepublik und diejenigen kirchlichen Stellen und Persönlichkeiten, die von den Landeskirchen als beson-ders interessiert genannt werden (z. B. Berufsschullehrer, Sozialsekretäre, Jugendwarte und Diakone mit besonde-rem Auftrag, Gemeindedienste usw.); Redaktionsstäbe und Verleger der beobachteten Zeitschriften.

Die Arbeitsmethode der beiden kirchlichen Dienste

An der evangelischen Zeitschriftenbeobachtung beteiligen sich Männer und Frauen aus verschiedenen kirchlichen Wer-ken, aus der Frauenhilfe, dem Männerwerk, der Jugend-arbeit, Fachleute der verschiedensten Berufe (Journalisten, Fürsorger, Rechtsanwälte, Lehrer, Ärzte usw.), aber auch einfache Laien, Mütter, die zu Hause in Verantwortung Kinder aufziehen usw. Mit ihren schriftlich fixierten Ur-teilen kommen die Mitarbeiter zu den durchschnittlich alle drei Monate stattfindenden Arbeitssitzungen. Dort werden die einzelnen Berichte gerafft vorgetragen. Aus den Ergebnissen — jede Zeitschrift wird von mehreren Mitarbeitern unabhängig beobachtet und beurteilt — faßt dann ein kleiner Redaktionsstab zusammen. Im all-gemeinen werden die Lektoren nach drei Monaten von ihrer Arbeit abgelöst. Jeder ist verpflichtet, „von der Überschrift bis zur letzten Anzeige alles, jede Bemerkung, jeden Romanteil, jede Kurzgeschichte genau zu lesen, ver-dächtige Anzeigen selbst anzuschreiben, die Bilder nebst Unterschriften auf sich und andere Familienangehörige wirken zu lassen, wichtige Belege auszuschneiden und diese mit den schriftlich fixierten Urteilen“ bei den Ar-beitssitzungen mitzubringen. Als Arbeitsgrundlage gelten die kommentierten und ergänzten Richtlinien der „Selbst-kontrolle der Illustrierten“.

Dem „Gutachterausschuß“ der katholischen Arbeitsstelle für Zeitschriftenberatung gehören rund 100 Frauen und Männer verschiedenster Berufsgruppen aus dem ganzen Bundesgebiet an. Die Mitglieder sind nicht unter 25 Jahre alt. Jeweils drei bis vier Gutachter erhalten die gleiche Ausgabe einer Zeitschrift, die dann über mehrere Monate laufend geprüft und beobachtet wird, wobei alles von der Titelseite bis zur letzten Anzeige gelesen werden muß. Das Ergebnis wird auf einem vorgedruckten Bogen einge-tragen und durch ein eigenes zusammenfassendes Urteil ergänzt. Diese Beobachtungsbogen werden der Redaktion des ZSD zugesandt. Diese prüft ihrerseits davon unab-hängig alle Illustrierten und Unterhaltungsblätter. Aus den eingegangenen Gutachten der Mitarbeiter formuliert

die Redaktion dann einen Wertungsvorschlag, der der Zustimmung eines eigenen Beurteilungsausschusses bedarf. Diesem Beurteilungsausschuß gehören der Vorstand der Arbeitsstelle für Zeitschriftenberatung, der Redakteur des ZSD und mehrere fachkundige katholische Publizisten an. Die von diesem Beurteilungsausschuß gebilligten Wertungen werden durch ausführliche Rezensionen ergänzt, die als „Meinung des Kritikers“ gekennzeichnet sind. Sie werden von hauptamtlichen katholischen Publizisten geschrieben, die zum großen Teil seit längerer Zeit Kritiken für den katholischen „Filmdienst“ schreiben. Die Kategorisierung der Zeitschriften erfolgt dann in sechs Gruppen.

Ziele der kirchlichen Zeitschriftenbeobachtung

Für den evangelischen Zeitschriftenbeobachtungsdienst formulierte Pfarrer Heinz Schmidt, der Vorsitzende des evangelischen Arbeitskreises für Jugendschutz in Nordrhein-Westfalen, die Ziele. Der ZBD soll erstens „mithelfen bei dem Bemühen um eine Gestaltung der Illustrierten usw., durch die nicht länger die gesamte Atmosphäre unseres öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik ethisch verwirrend und — vor allem auf die Jugend — gefährdend wirkt“. Das soll geschehen a) durch Gespräche mit den verantwortlichen Verlegern und Schriftleitern, b) durch Mitarbeit in den entsprechenden Gremien der Selbstkontrolle, c) durch „Herausbildung klarer, durch Tatsachen belegter Forderungen an die gesetzgebenden Körperschaften und die für die Einhaltung unserer Gesetze verantwortlichen Organe“. Der ZBD will ferner zweitens „durch Erarbeitung sachgemäßer Bewertungsmaßstäbe und fachlicher Information verantwortungsbewußten Eltern und Erziehern Hilfen bereitstellen zu begründeter Beurteilung und verantwortlicher Auswahl unter dem vorhandenen reichen Angebot der Unterhaltungspresse“. Und drittens soll der ZBD Anregungen und Hilfen erarbeiten für eine bei uns „zu sehr vernachlässigte Lesepädagogik“ in Schule, Jugendpflege usw.

Das erste Ziel einer evangelischen Zeitschriftenbeobachtung wird nicht so sehr in einer unmittelbaren Breitenwirkung auf die Öffentlichkeit, sondern vielmehr in einer unmittelbaren Beeinflussung der Publikation gesehen. Sehr aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang, was die dritte Ausgabe des ZBD als Aufgabe bezeichnet: „Der ZBD sieht weiterhin seine Aufgabe darin: Rat-suchende zu beraten und im Dienst an unseren Gemeinden vor allem nicht urteilsfähigen Menschen einen Schutz zu geben — mit den großen Verlagshäusern und Redaktionen Fühlung zu halten bzw. neu zu gewinnen — in der Kirche wie in der breiteren Öffentlichkeit dahin zu wirken, daß zwar heute Illustrierte sein müssen, aber daß sie nicht alle so sein müssen, daß krasse Fälle von publizistischen Entgleisungen sofort dem ZBD mitgeteilt werden, damit dieser in Verbindung mit der Selbstkontrolle der Illustrierten, mit dem Deutschen Presserat und der Bundesprüfstelle, in Unterstützung durch den kirchlichen Nachrichtendienst und die kirchliche Presse protestieren und Abhilfe schaffen kann. So kommt es auch letztlich hier darauf an, daß eine Minderheit diese Dinge sieht, daß sie klar und nüchtern die Zusammenhänge erkennt, daß sie weiß, was auf dem Spiele steht.“

Wenn auch der katholische Zeitschriftendienst als weiteres Ziel das Gespräch mit Verlegern und Redakteuren nennt, so legt der ZSD doch im Gegensatz zum evangelischen ZBD mehr Gewicht auf eine unmittelbare Orientierung

der Leser. Daraus erklärt sich nicht nur die bereits genannte verschiedene Art der Veröffentlichung. Auch das Bemühen des ZSD, die beobachteten Zeitschriften in ein leicht überschaubares System von Bewertungen einzuordnen, findet hier seinen Grund. Zur ganzen Frage der „Prädikate“ für Zeitschriften schreibt der Vorsitzende der Arbeitsstelle für Zeitschriftenberatung, Heinrich Köppler, im ZSD (Heft 9/10): „Wollte sich der ‚Zeitschriftendienst‘ in erster Linie bei den Redaktionen der von ihm beurteilten Zeitschriften Gehör verschaffen, könnte er zweifellos auf die Prädikate verzichten. Der ‚Zeitschriftendienst‘ wendet sich jedoch zunächst an die pädagogisch aufgeschlossene katholische Öffentlichkeit, also vor allem an Eltern, Erzieher und Geistliche. Diese Adressaten erwarten vom ‚Zeitschriftendienst‘ weniger eine literarisch-ästhetische Kritik der illustrierten Zeitschriften als vielmehr ein klares Urteil über deren Verhältnis oder Abstand zur katholischen Glaubens- und Sittenlehre und ebenso klare Hinweise auf die mit den einzelnen Zeitschriften verbundenen religiös-pädagogischen Risiken. Die so gewünschte Klarheit und Deutlichkeit des Urteils läßt sich nur mit Hilfe eines konkreten Systems von Bewertungsgruppen, also entsprechenden Prädikaten, erreichen.“

Kirchliche Zeitschriftenbeobachtung und Pressefreiheit

Wie schon aus den oben angeführten Zielen der beiden kirchlichen Zeitschriftendienste deutlich wird, wollen diese Dienste keine Einschränkung der Pressefreiheit bringen oder etwa ein Zensursystem einführen. Sie wollen vielmehr Hilfen sein für die Redaktionen der Illustrierten und Wochenendblätter und Handreichungen für die Eltern und Erzieher bieten, damit sie die Produkte unseres Zeitschriftenmarktes einordnen und nach christlichen Maßstäben beurteilen können. Die Leser dieser Zeitschriften sollen nicht bevormundet, sondern sie sollen mündig gemacht werden, sich nach ihrem christlichen Gewissen zu richten und zu handeln. Die Kirche ist der Auffassung, daß „keinerlei Maßnahmen getroffen werden sollten, die die Pressefreiheit beeinträchtigen könnten. Vielmehr möchte sie alle Bemühungen zur Stärkung eines unabhängigen und verantwortungsbewußten Journalismus auch auf dem Gebiete des Zeitschriftenwesens fördern“ (Präses Joachim Beckmann). Und Bischof Franz Zak von Sankt Pölten schrieb in seinem Geleitwort zur ersten Ausgabe des österreichischen „Zeitschriftenberaters“ (1960): „Die Kirche will nicht immer nach der Polizei rufen und Zensuren einführen und austeilen, sie will und muß aber anhand einer Wertskala, an jener Tafel ewiger Werte, ohne die ein Volk zugrunde geht, die Erscheinungen des öffentlichen Lebens prüfen und werten.“

Zwar wird ein tatsächlicher Einfluß auf die Zeitschriften von den kirchlichen Diensten angestrebt, jedoch nur insoweit, als sich diese Zeitschriften gegen das christliche Menschenbild und die Religion stellen. Es geht nicht darum, grundsätzlich die Pressefreiheit zu beschränken. Es geht den Zeitschriftenbeobachtungsdiensten vielmehr um ihren rechten Gebrauch, denn Pressefreiheit bedeutet ja nicht Zügellosigkeit. Daß es bei der kirchlichen Zeitschriftenbeobachtung auch nicht darum geht, etwa Illustrierte zu Kirchenzeitungen und kirchlichen Zeitschriften zu machen, ist selbstverständlich. Eben weil es nicht darum geht, die Illustrierten, Wochenendblätter und Magazine in Gehalt und Habitus etwa zu einer Art Sonntagsblätter zu machen, ist es notwendig, daß die Mitarbeiter der Zeitschriftenbeobachtung die Sachgesetze genau kennen. Des-

wegen liegt auch die letzte sachliche und formelle Verantwortung etwa für den katholischen ZSD in jedem Fall bei der Redaktion dieses Dienstes, die außerdem auch einen wirklichen Gesamtüberblick über alle Illustrierten und Zeitschriftenveröffentlichungen hat, der den Mitarbeitern oft abgeht.

Daß die Kirchen mit ihrer Zeitschriftenbeobachtung in Wahrnehmung berechtigter Interessen handeln, hat seinerzeit das Hanseatische Oberlandesgericht in einem Urteil gegen den „stern“ bestätigt (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 534).

Die Auswirkungen der Zeitschriftenbeobachtung

Sowohl der evangelische Zeitschriftenbeobachtungsdienst als auch die katholische Arbeitsstelle für Zeitschriftenberatung berichten anhand verschiedener konkreter Beispiele von einem Einfluß, den die kirchliche Beobachtung bereits in den Unterhaltungsorganen erreicht habe. Während die Auflagenentwicklung der großen Illustrierten und Zeitschriften noch keine direkten Auswirkungen des ZSD erkennen läßt, sind andere verlegerische und redaktionelle Reaktionen bemerkenswert. So befragen etwa wissenschaftliche Institute, Werbefirmen, Zeitungen und Zeitschriften in detaillierten Zweifelsfällen (selbst aus dem Ausland) die kirchliche Zeitschriftenberatung um Rat. Einzelne Zeitschriften schicken ihre Ausgaben mit der Bitte um eine Bewertung. Verschiedene Wirtschaftsunternehmen, vor allem große Markenartikel-Hersteller, zogen ihre Anzeigenaufträge von Illustrierten und Zeitschriften zurück, die im ZSD negativ beurteilt werden. Bestimmte Buchverlage, deren Anzeigen beanstandet worden waren, schickten ihre Erzeugnisse zur Beurteilung an die Zeitschriftenbeobachtungsstellen beider Kirchen. Überhaupt glauben die Beobachter der Zeitschriften feststellen zu können, daß die Anzeigenseiten fast aller großen Illustrierten keine anstößigen Inserate mehr enthalten, und mehrere Illustrierte haben den ZSD um Mitteilung gebeten, welche Anzeigen nicht mehr veröffentlicht werden sollen. Verschiedene Verlage und Redaktionen entsprechender Unterhaltungszeitschriften haben die Redaktion des ZSD um Gespräche gebeten, die erstmals im Herbst 1959 stattfanden. Nach Angaben des ZSD halten die genannten Auswirkungen auch heute noch weiter an.

Im übrigen ist es verständlich, daß gerade die tatsächlichen Auswirkungen einer solchen Arbeit nur schwer zu erfassen sind, weil einerseits die Redaktionen und Verlage nicht gern veröffentlichen, daß sie von einer solchen Stelle beeinflusst seien. Andererseits werden die Einzelleser und Bezieher kaum über die praktischen Folgerungen berichten, die sie aus den Mitteilungen der Zeitschriftenbeobachtung ziehen.

Aus Süd- und Westeuropa

Neue spanische Bischöfs- kommissionen

Der spanische Episkopat hat seine bischöflichen Kommissionen völlig neu konstituiert und auch in der personellen Besetzung eine Reihe von Veränderungen vorgenommen (zur bisherigen Gliederung vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 371). Die Neueinteilung erfolgte noch während der Ersten Konzilsperiode in Rom.

Es gibt nunmehr folgende spanische Bischöfskommissionen (wir halten uns dabei an die Reihenfolge, wie sie etwa im „Boletín“ der HOAC, Nr. 366, Dezember 1962, abgedruckt steht):

1. für die Päpstliche Universität von Salamanca (vgl. hierzu a. a. O.). Präsident: der Kardinalprimas, Erzbischof von Toledo. Mitglieder: der Bischof-Patriarch von Madrid-Alcalá und die Bischöfe von Salamanca, Zamora, Ávila und Segovia.

2. für Wanderungsfragen. Präsident: der Kardinal-Erzbischof von Tarragona. Mitglieder: die Bischöfe von Tüy-Vigo, Palencia, Tortosa und Ibiza.

3. für Caritas und Sozialhilfe. Präsident: der Kardinal-Erzbischof von Santiago de Compostela. Mitglieder: die Bischöfe von Albacete, Segorbe-Castellón, Almería, Gerona und Menorca.

4. für das Unterrichtswesen. Präsident: der Erzbischof von Granada. Mitglieder: die Bischöfe von Huelva, Ciudad Rodrigo, Jaca und Barbastro und der Weihbischof von Burgos.

5. für das Werk der hispanoamerikanischen Priesterkooperation. Präsident: der Erzbischof von Zaragoza. Mitglieder: die Bischöfe von Guadix, Vich und Orihuela, der Weihbischof von Santiago de Compostela und Weihbischof Ricote von Madrid.

6. für kirchliche Presse und Information. Präsident: der Erzbischof von Valladolid. Mitglieder: die Bischöfe von Málaga, Santander und Córdoba und die Weihbischofe von Barcelona und Sevilla.

7. für die Seminaristen. Präsident: der Erzbischof von Valencia. Mitglieder: die Bischöfe von Plasencia, Bilbao, Mondoñedo, Sigüenza-Guadalajara und der Koadjutor von Cádiz.

8. für wirtschaftliche und juristische Angelegenheiten. Präsident: der Erzbischof von Burgos. Mitglieder: die Bischöfe von San Sebastián, Lérida, Orense und der Koadjutor von Málaga.

9. für die Reinheit der Lehre und die Sittlichkeit. Präsident: der Erzbischof-Generalvikar der Armee. Mitglieder: die Bischöfe von Ciudad Real, Cuenca, Osma-Soria, der Bischof der Katholischen Aktion und der Weihbischof von Toledo.

10. für das soziale Apostolat. Präsident: der Kardinal-Erzbischof von Sevilla. Mitglieder: die Bischöfe von Málaga, Jaén und Astorga und die Weihbischofe von Valencia und Tarragona.

11. für Liturgie, Pastoral und sakrale Kunst. Präsident: der Erzbischof-Koadjutor von Oviedo. Mitglieder: die Bischöfe von León, Solsona, Mallorca und Tenerife und Weihbischof García Lahiguera von Madrid.

12. für Film, Rundfunk und Fernsehen. Präsident: der Erzbischof von Pamplona. Mitglieder: die Bischöfe von Calahorra-Logroño, Lugo, Coria-Cáceres, Tarazona und Badajoz.

13. für die Eucharistischen Kongresse. Präsident: der Erzbischof-Bischof von Barcelona. Mitglieder: die Bischöfe von Cádiz, den Kanarischen Inseln und Huesca.

Wie ersichtlich, stehen alle Kommissionen unter Leitung eines Kardinals oder Erzbischofs; sie haben jeweils sechs Mitglieder, mit Ausnahme der Kommissionen 2 und 8 (je fünf) und 13 (vier).

Völlig neu ist die Kommission für Liturgie, Pastoral und sakrale Kunst (Nr. 11). Die Kommission „für das soziale Apostolat“ (Nr. 10) tritt an die Stelle der bisherigen „für kirchliche Soziallehre und soziale Bildung“, die durch den Erzbischof von Granada präsiert war. Die Kommission für die Eucharistischen Kongresse bestand vor 1959 und wurde dann aufgelöst.

Als einziger Bischof ist Dr. Herrera Oria von Málaga Mitglied zweier Kommissionen (6 und 10). Mehrere der insgesamt über achtzig spanischen Bischöfe und Weihbischöfe gehören keiner Kommission an. Sekretär des Episkopats ist nach wie vor der Bischof von Solsona.

Priesterhilfe für Lateinamerika

In einem persönlichen Brief an den spanischen Episkopat hatte Papst Johannes am 17. November 1962 die Priesterhilfe für Lateinamerika als eines der wichtigsten Anliegen der spanischen Kirche herausgestellt. „Das schnelle und entschiedene Anerbieten einer wachsenden Zahl von Priestern ist zweifellos die wohlgefälligste Gabe, die Ihr im Angesicht und als Erstlingsopfer der Konzilsfeier jenen Nationen bringen könnt ... Mit väterlichem Vertrauen tragen Wir Euch diese Unsere besorgten Wünsche vor.“

Der Kardinalprimas hat diesen Brief inzwischen im Namen der spanischen Bischöfe beantwortet und eine wirkliche Hilfe zugesagt. In einer Pressekonferenz erklärte Weihbischof Ricote in Madrid, man hoffe noch im Jahr 1963 weitere 1000 bis 1500 spanische Priester nach Lateinamerika entsenden zu können.

Kirchliche Stellungnahmen zum Bergarbeiterstreik in Frankreich

Anlässlich des Bergarbeiterstreiks in den Kohlengruben Ost- und Nordfrankreichs, der Anfang März 1963 ausbrach, haben verschiedene französische Bischöfe und Vertreter katholischer Organisationen zugunsten der Bergarbeiter und kritisch zu den Maßnahmen der Regierung gegenüber den Streikenden Stellung genommen. E. Guerry, Erzbischof von Cambrai, gab in einer Presseerklärung zu bedenken, der Bergarbeiterstreik und die Maßnahmen der Regierung hätten die ganze Bevölkerung des Gebietes in große Aufregung versetzt. Durch die von der Regierung verfügte Dienstverpflichtung drohe der Konflikt sich aber noch zu verschärfen. Angesichts eines solchen „menschlichen Dramas“ könne niemand gleichgültig bleiben. Es gelte nun, jenseits aller wirtschaftlichen, politischen und technischen Überlegungen „das Schlimmste zu vermeiden“ und zu „einer vernünftigen, schnellen und gerechten Lösung zu kommen“. Eine Kraftprobe zwischen Regierung und Gewerkschaften könne das Problem nicht aus der Welt schaffen. Eine solche beseitige vor allem „die sozialen und beruflichen Probleme nicht, die dem Konflikt zugrunde liegen“. Sie vergrößere höchstens noch die Misere. Schließlich bedürfe es einer Lösung, „die einer Nation würdig ist, deren Größe vor allem in der Achtung des Menschen, seiner Freiheit und der Gerechtigkeit besteht“. Menschliche Konflikte verlangten nach einer menschlichen Lösung. Eine solche aber könne nur in einem loyalen Dialog zwischen den beiden Partnern gefunden werden. Das Gemeinwohl verlange von der öffentlichen Gewalt, daß sie die Bürger als Menschen behandle und ihnen die Möglichkeit gebe, frei und selbstverantwortlich zu handeln. Auf die spezielle Lage der Bergarbeiter eingehend, sagte Erzbischof Guerry: „Die Bergarbeiter haben ein Recht auf unsere Achtung und unsere Dankbarkeit. Sie erfüllen im wirtschaftlichen Leben der Nation eine wesentliche Aufgabe. Sie sind geachtete und mutige Arbeiter. Sie haben bei verschiedenen Gelegenheiten, so erst in jüngster Zeit während der Kälteperiode, Beweise ihres Pflichtbewußtseins, ihrer Sorge um das Gemeinwohl und ihrer nationalen Solidarität erbracht. Damit alle Franzosen Kohle erhalten, leisten sie Tag und Nacht eine schwere, ermüdende und oft ge-

fährliche Arbeit, trotz Unfall- und Krankheitsgefahr ...“ Man müsse die Gründe bedenken, die „zum äußersten Mittel“ des Streiks geführt hätten. Diese Gründe seien anzuerkennen und müßten sorgfältig geprüft werden. Selbst die Ingenieure in den Bergwerken hielten den Streik für gerechtfertigt, angesichts der besonders schweren Belastungen in dieser Berufsgruppe. Die Arbeiter selbst hätten bei der Durchführung des Streiks eine „erstaunliche menschliche Solidarität an den Tag gelegt“. „Angesichts dieser schmerzlichen menschlichen Lage haben wir die Pflicht, nicht abseits zu stehen, und wir bitten alle Christen, das zu begreifen ...“ (vgl. „La Croix“, 6. 3. 63). Bischof G. Huyghe von Arras erklärte in einem Hirtenbrief, der am 3. März in allen Pfarreien verlesen wurde (vgl. „Témoignage Chrétien“, 8. 3. 63): „In einer Welt, die häufig vor allem anderen das wirtschaftliche Gleichgewicht sucht und die in Gefahr ist, den Sinn für das Menschliche zu verlieren, müssen wir Christen danach streben, daß alle Menschen, die von diesem wirtschaftlichen Problem betroffen sind, berücksichtigt werden.“ Dieser Streik gehe alle an, und man müsse dafür beten, daß ein wirkliches Zwiegespräch zwischen den Betriebsleitungen und den Gewerkschaften zustande komme, um rasch zu einer gerechten und friedlichen Lösung zu kommen. Aber das Gebet allein genüge nicht. Jeder Christ müsse sich der Bande der Solidarität bewußt werden, denen er verpflichtet ist. Die Führungskräfte im Kohlenbergbau sollten darüber nachdenken, ob sie nicht mitverantwortlich seien für das gegenwärtige Arbeitsklima in den Kohlengruben und ob sie alles getan haben, um die Arbeiter nicht nur anzuhören, sondern auch Abhilfe zu schaffen. Das Hirtenwort schließt mit einem Aufruf zur aktiveren Teilnahme aller an den verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und beruflichen Körperschaften und Organisationen.

Erzbischof C. Dupuy von Albi erklärte in einer Stellungnahme (vgl. „Le Monde“, 8. 3. 63), um zu einer Lockerung der sozialen Spannungen zu kommen, bedürfe es vor allem einer gleichmäßigeren Verteilung des Nationalproduktes. „Dieser Konflikt, in dem die öffentliche Gewalt so vielen Arbeitern gegenübersteht, muß des Gemeinwohls wegen eine schnelle Lösung finden. Ich hoffe sehr, daß man durch offene und klare Gespräche dahin gelange.“ Der Bischof von Metz, J. Schmitt, unterstrich in seiner Antwort auf eine Anfrage der Dekane aus dem lothringischen Kohlengebiet das „fundamentale Recht“ auf Streik, „weil es häufig das einzige Mittel zur Verwirklichung der Gerechtigkeit darstellt“. Bischof Schmitt erklärte, eine allgemeine Dienstverpflichtung sei zwar unter Umständen legitim, sie könne aber nicht „dazu mißbraucht werden, einen gerechtfertigten Streik zu brechen“ (La Croix, 9. 3. 63). Auch von seiten der JOC und einiger Geistlicher, die sich auf das ausdrückliche Einverständnis ihres Bischofs berufen, wurden mehrere kritische Stellungnahmen abgegeben (vgl. „Le Monde“, 7. 3. 63).

Aus Amerika

Landreform in Venezuela und Chile

Es muß nicht erst so weit kommen, daß irgendein Ereignis in einem lateinamerikanischen Lande den Weltfrieden bedroht, um die Aufmerksamkeit immer wieder in jene Richtung zu lenken. Vielmehr genügt es, zu wissen, daß die permanente Krisenlage und die dauernde Labilität

aller Verhältnisse wie ein atmosphärisches Tiefdruckgebiet auf dem Gesamt der westlichen Welt lasten, um zu begreifen, daß auch und gerade die Vereinigten Staaten den zugleich lähmenden und anspornenden Einfluß ihrer südlichen Nachbarn spüren. An dieser Stelle ist oft und stets aufs neue der Blick auf die enge Verflochtenheit der religiös-kulturellen mit den wirtschaftlich-politischen Faktoren gelenkt worden, die den lateinamerikanischen Raum zu einem sowohl für die Kirche wie für die freiheitlich geordnete Gesellschaft gleichermaßen gefährlichen Spannungsfeld machen. Die sich nach demographischen Gesetzen vollziehende Gewichtsverlagerung der Katholikenzahl von Europa nach Lateinamerika zwingt uns darum, den sozialen und wirtschaftlichen Leitbildern unsere Aufmerksamkeit zu schenken, nach denen die notwendigen Strukturveränderungen je nach dem Standpunkt der maßgeblichen Kräfte und Schulmeinungen ausgerichtet werden könnten. Im gegenwärtigen Augenblick ist das Hauptinstrument, von dem man solche Veränderungen erwarten kann, zweifellos die „Allianz für den Fortschritt“, jener Pakt zwischen den Vereinigten Staaten und den lateinamerikanischen Republiken, der durch Investitionen von 20 Milliarden Dollar innerhalb von zehn Jahren analog das für Lateinamerika erreichen sollte, was der Marshallplan im Nachkriegseuropa zuwege gebracht hat. Die spürbaren Enttäuschungen über die verhältnismäßig geringen Anfängerfolge sind außer durch psychologische Mißverständnisse und Ungeschicklichkeiten von beiden Seiten vor allem darauf zurückzuführen, daß auf lateinamerikanischer Seite weitgehend die gesetzliche, administrative und organisatorische Apparatur fehlt, um den Plan wirksam werden zu lassen.

Es wäre indessen falsch, darauf zu warten, daß sich das wie durch ein Wunder eines Tages ändern könnte. Viel richtiger und wichtiger ist, an einem beliebigen Punkte das Richtige und Notwendige zu tun, anstatt das Heil nur von einer übergeordneten Gesamtplanung zu erwarten. Dafür sind zwei Beispiele wichtig, die in letzter Zeit in Venezuela und in Chile gegeben worden sind.

In Venezuela ist es der Regierung Betancourt gelungen, auf Anregung der christlich-demokratischen Partei COPEI nicht nur ein Gesetz über Landreform im Einklang mit den Soziallehren der Kirche durchzubringen, sondern auch praktisch anzuwenden: 25 000 Familien sind bei der Landverteilung berücksichtigt worden, trotz der heftigen Opposition von rechts und links. Das bedeutet in einem Lande, das bisher ganz einseitig seine Wirtschaft auf die reichen Erdölvorkommen stützte, eine echte konstruktive Revolution, weil hier zum erstenmal eine Mittelklasse von Eigentümern geschaffen werden soll, die allein die Garantie für eine wirkliche politische und soziale Demokratie zu bieten vermag. Das Gesetz über die Landreform unterstreicht die menschliche Würde des Landwirts und seiner Familie, den Wert der Privatinitiative und die Notwendigkeit einer Bewirtschaftung im Dienste und Sinne des Gemeinwohls. Zehn Prozent des Jahresbudgets werden zur Durchführung des Landreformgesetzes verwendet; die verteilten Ländereien sind entweder Eigentum der öffentlichen Hand oder praktisch Niemandland oder auch gegen Entschädigung enteignete Böden aus privatem Besitz. Die Kosten der Ansiedlung pro Familie liegen bei 3400 Dollar. Es wird Wert darauf gelegt, daß die Siedler möglichst bald selbständig werden und nicht unter der Vormundschaft der Behörde bleiben, die die Ansiedlung durchführt. Das Ziel ist die Schaffung

eines für Venezuela neuen Typs landwirtschaftlichen Eigentums, der die gesunde Mitte zwischen den althergebrachten Latifundien und dem bäuerlichen Zwergbesitz hält. Schon jetzt zeigt sich der Gesundungsprozeß durch ein Anwachsen der landwirtschaftlichen Produktion. Die menschliche Erneuerung, die von der Landreform ausgehen wird, läßt sich nicht so schnell und nicht so deutlich statistisch nachweisen. Aber es ist wichtig, daß gerade in der Nachbarschaft des kollektivistisch versklavten Kuba eine Alternativlösung angeboten wird, die den humanen und christlichen Traditionen Lateinamerikas mehr entspricht als das kommunistische Experiment auf der Karibischen Insel.

Während die venezolanische Landreform ein zwar christlich inspirierter, aber doch durchaus politischer Vorgang ist, wird uns in Chile das Beispiel einer direkten Aktion der Kirche geboten. Naturgemäß hält es sich einstweilen in einem engeren Rahmen, ist aber dennoch um seiner symbolischen Kraft des Zeugnisses und um der Kettenreaktion wichtig, die es möglicherweise auszulösen vermag. Bereits im Jahre 1961 hatten die chilenischen Bischöfe beschlossen, kirchlichen Landbesitz an Bauernfamilien zu verteilen. Nach umsichtigen technischen und juristischen Überlegungen sind sie nun zur Tat geschritten. Die ersten Landverteilungen nahm Bischof Manuel Larraín Errázuriz von Talca vor. Bald darauf folgte der Erzbischof von Santiago, Kardinal Silva Henríquez. Im vergangenen Jahr sind 450 Familien auf diese Weise angesiedelt worden. Die Zahlungsbedingungen sind außerordentlich günstig, da die erste Zahlung erst nach zwei Jahren zu leisten ist und die Gesamtzahlung sich über zwanzig Jahre bei einer Verzinsung von 6% erstreckt (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 271).

Man sollte aber nun nicht meinen, die Kirche Chiles verfüge über einen großen Landbesitz. Das ist seit ihrer Enteignung im Jahre 1824 keineswegs der Fall. Die Bischöfe vertrauen lediglich auf die Kraft des Beispiels, das ihre Aktion auf die Großgrundbesitzer des Landes ausüben kann. „Die erste Aufgabe der Kirche ist zu lehren“, erklärte Bischof Larraín bei jener ersten Landverteilung. „Die Pflicht der Christen aber ist es, die Lehren der Kirche in die Tat umzusetzen. Aber wenn die Kirche selbst ihr Wort durch die Tat glaubwürdig machen kann, dann tut sie es voll Freude, auch wenn das für sie ein Opfer bedeutet und ihr die Gegnerschaft gewisser Kreise einträgt.“

Aus dem Fernen Osten

Die katholische Gemeinschaft auf Formosa (Taiwan) Die katholische Kirche auf Formosa, über deren Entwicklung die Herder-Korrespondenz vor nunmehr über vier Jahren (vgl. 13. Jhg., S. 87—92) ausführlich berichtete, hat seitdem weiterhin kräftige Wachstumsimpulse erhalten. Für das letzte Jahr insbesondere brachte das Directorium Catholicum von Formosa (1962) dies in der Feststellung zum Ausdruck: „Die Kirche hat auf allen Gebieten an Ausdehnung und Tiefe gewonnen.“ Die Katholikenzahl steigt weiter, nicht mehr so sprunghaft wie in den Jahren von 1953 bis 1961, aber immerhin im letzten Jahr wiederum um 10 Prozent auf 219 214. Im Katechumenat befinden sich 52 463 Personen. Wichtiger und bedeutsamer als das quantitative Wachstum ist zur Beurteilung der Lage einer jungen Kirche, die erst knapp zwei Prozent der rund 11 Millionen Einwohner Formosas sich

eingegliedert hat, ihr qualitatives Wachstum. Hier muß vor allem auf das tiefere Eindringen der Kirche in den Kulturraum hingewiesen werden. Auf dem Gebiet des Bildungswesens ist sie auf dem Wege, mit dem protestantischen Schulwesen gleichzuziehen. Eine Reihe günstiger Faktoren haben die Entwicklung der Kirche gefördert: das Verlangen der etwa 3 Millionen Flüchtlingschinesen, nach dem Verlust der alten Heimat sich vor allem seelisch neu zu beheimaten; das Wohlwollen der Regierung, die in den christlichen Kirchen eine wertvolle Hilfe beim Ausbau des höheren Schulwesens und des technischen Unterrichts findet und gerade bei der katholischen Kirche die Grundtendenz begrüßt, die wertvollen Elemente altchinesischer Kultur beim Aufbau einer neuen kulturellen Ordnung zu retten; der Ausbau der Hierarchie (heute sechs Diözesen und eine Apostolische Präfektur); die klare Konzeption des fast ganz aus Einheimischen (Chinesen) bestehenden Episkopats über die Notwendigkeit eines ausgewogenen Apostolats unter den Gebildeten und den Massen; die Heranziehung weiterer chinesischer Priester, die sich nach der kommunistischen Machtübernahme auf dem Festland zunächst über die halbe Welt verstreut hatten; die Verstärkung des Missionsstabs durch zahlreiche chinesische Jungpriester, die inzwischen im Ausland geweiht wurden und danach zum Teil Spezialstudien an westlichen Universitäten gemacht haben; die tatkräftige Hilfe neuer Kontingente ausländischer (weißer) Missionskräfte, angefangen von einfachen Missionaren, die keine Mühe scheuten, die in Formosa gesprochenen Sprachen bzw. Dialekte zu erlernen, bis zu Fachleuten der Sinologie, der modernen Kommunikationsmittel, der Pädagogik usw. Dazu wird dann der große Professorenstab der in ihren Kollegien über das Land verteilten und in Taipeh zentralisierten Katholischen Universität treten. Als Tschiang Kai-schek 1949 auf Formosa, der letzten der Provinzen Chinas, seine Zentralregierung etablierte, zählte man dort 28 Priester. Heute sind es 658, Weltpriester und Angehörige von 18 Missionsinstituten. Mehr als ein Drittel der Priester gehören der Gesellschaft Jesu an. In Schule, Krankenfürsorge und Sozialarbeit sind fast 600 Ordensfrauen aus 38 Kongregationen tätig. Ein leuchtendes Beispiel der Treue zu ihrem alten chinesischen Missionsfeld geben sechs aus China vertriebene Bischöfe, die als einfache Dekane innerhalb der eingerichteten Diözesen arbeiten.

Der für ein Missionsland recht beträchtliche Aufwand an Kräften und auch an finanziellen Mitteln, um den manche andere asiatische Kirche — z. B. die hinsichtlich ausländischer Hilfe zur Zeit etwas vernachlässigte Korea-Kirche — die Kirche von Formosa beneiden könnte, findet seine Rechtfertigung in weitgesteckten Zielen. Es geht nicht nur um die Christianisierung der Insel, ein Unternehmen, bei dem auch 80 protestantische Bekenntnisse und Sekten beteiligt sind, was öfters zu unangenehmen Reibungen der Konfessionen führt: Es soll auf Taiwan ein Brennpunkt katholisch-chinesischer Kultur geschaffen werden, ein Zentrum, das zwar eines breiten Rückhalts in einer blühenden katholischen Gemeinschaft auf der Insel selbst bedarf, das aber hinausstrahlen soll in die große chinesische Diaspora Süd- und Südostasiens und die Kirche geistig in den Stand setzt, die auf dem Festland unterbrochene Arbeit wieder aufzunehmen an dem Tage, der Gott gefällt.

Der unsichere politische Hintergrund der Entwicklung

Will man nun in eine nähere Würdigung dieser in die Zukunft weisenden missionsstrategischen Ziele eintreten,

muß man unbedingt den politisch-kulturellen Hintergrund ableuchten, vor dem sich die Entfaltung der Kirche auf Formosa vollzieht. Zunächst ist hier zu beachten, daß mehrere Millionen Festlandchinesen, die unter Tschiang Kai-schek, der sich als rechtmäßiger Präsident der „Republik China“ fühlt und den Anspruch auf das Festland zu keiner Stunde aufgegeben hat, die Hauptstütze der Regierung des als Provinz des gesamtchinesischen Reiches verwalteten Formosa bilden. Sie stehen also 8 Millionen „Taiwanesen“ gegenüber, die zwar größtenteils chinesischen Blutes sind, aber doch ihre inneren Vorbehalte gegenüber dem Regime haben. Die harmloseste Erklärung dafür ist die Tatsache, daß ein Land von etwa der Größe Baden-Württembergs nicht gerade freudig erregt ist, wenn dort plötzlich eine Armee von 600 000 Mann, gefolgt von einem großen Beamtenapparat und ein paar Millionen Flüchtlingen, erscheint und das Brot mit der ortsansässigen Bevölkerung teilen will. Noch weniger ist ein solches Land entzückt, wenn für den Menschenzuwachs Raum geschaffen wird und die Beamtenstellungen größtenteils von den Zugewanderten besetzt werden. Es kommen aber noch andere Momente hinzu. Formosa stand von 1895 bis 1945 unter japanischer Herrschaft. Das Regime war hart, bisweilen brutal, deshalb bestgehaßt. Die malaischen Ureinwohner in den Bergen Formosas wurden sogar in blutigen militärischen Aktionen „pazifiziert“. Dennoch hat die japanische Herrschaft kulturelle Einwirkungen ausgeübt, die um so tiefer waren, als Japan in den Schulen — deren Nutznießer allerdings meist die Kinder japanischer Beamten und Soldaten waren — die japanische Sprache als Schulsprache vorschrieb. Dazu kam, daß Formosa auch in den Zeiten der Verbindung mit China, begünstigt durch seine insuläre Lage, ein gewisses Sonderdasein führte. In die japanische Zeit Formosas fiel dann die gewaltige geistige Entwicklung Chinas (1912 Republik, Sturm-und-Drang-Periode, Hinkehr der Intelligenz zum Westen, Nationalismus der Kuomintang, Gegenbewegung des Kommunismus und dessen Sieg). Als die Nationalisten nach Formosa flüchteten, fanden sie ein Volk, das kulturell nicht wach war, noch treu an seinen alten religiösen Traditionen hing und der Ideologie der Kuomintang, die nun ihre Organisation über das Land verbreitete, wenig inneres Verständnis entgegenbrachte, zumal ihr der Makel anhaftete, auf dem chinesischen Festlande abgewirtschaftet zu haben. Unterstützt von einer amerikanischen Finanzhilfe (von 1950 bis 1962 über 1 Milliarde Dollar, die ausschließlich der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung Formosas zugute kam), hat die Regierung der innerlich erneuerten und vom Korruptionsbazillus weitgehend befreiten Kuomintang die Insel zu einem wohlgeordneten Staatswesen entwickelt, eine prosperierende Wirtschaft geschaffen, mit beratender Hilfe der USA eine sehr glückliche, vielbewunderte Bodenreform durchgeführt und schulische und soziale Leistungen ersten Ranges vollbracht. Alles dies ist auch den Taiwanesen zugute gekommen, und sie erkennen dies an. Dennoch haben sie nicht vergessen, daß die Kuomintang-Regierung sie zu Beginn ihrer Herrschaft auf der Insel als „Verräter“ verachtete und zunächst hart behandelte. Reibungen zwischen Taiwanesen und Festlandchinesen führten zu einem blutigen Aufstand. Noch im Jahre 1962 standen Taiwanesen wegen eines Komplotts zum Sturze der Regierung vor Gericht, und in Japan gibt es noch immer eine sog. Regierung von Taiwan im Exil. Der ihrem ganzen Leben gegebene Entwicklungsstoß hat es

den Taiwanern gestattet, in wachsendem Maße aktiven Anteil am öffentlichen Leben zu nehmen, und die Amerikaner haben vorsichtig versucht, Tschiang Kai-schek zu veranlassen, auch Leuten aus deren Reihen Stellen im Beamtenapparat zu überlassen. Das durch die allgemeine Schulpflicht gehobene Bildungsniveau hat den Minderwertigkeitskomplex der Taiwaner, der ihnen durch die Verhältnisse aufgedrängt wurde, sehr abgeschwächt. Ebenso wie sie allein deshalb den Kommunismus ablehnen, weil er sie von einem aufs stärkste zentralisierten System auf dem Festland abhängig machen würde, möchten sie nicht dauernd von einem Regime betreut werden, das ihnen die Mitbestimmung entsprechend ihrer Volkszahl verweigert.

Die Frage der künftigen politischen Struktur Formosas wird immer drängender, je mehr einerseits Tschiang Kai-scheks Hoffnungen schwinden, bald zum Festland zurückzukehren, und andererseits die Insel dank der amerikanischen Hilfen der wirtschaftlichen Selbständigkeit entgegenwächst. Die USA haben in aller Stille auf dieses Ziel hingearbeitet. Die Kennedy-Regierung hat den Nationalisten der Zentralregierung angedeutet, daß nun mit einem allmählichen Absinken der Wirtschaftshilfen zu rechnen ist. Gleichzeitig müssen sich dann die verantwortlichen Männer Formosas klarmachen, ob sie sich die Unterhaltung eines Heeres von über 600 000 Mann, das bisher mit Summen von unbekannter Größe weithin von den Amerikanern finanziert wurde, noch leisten können, falls auch hier die Beihilfen allmählich gekürzt werden. Der amerikanisch-chinesische Vertrag von 1954 sichert Formosa den sofortigen Einsatz aller amerikanischen Machtmittel, wenn die Insel angegriffen wird, und die in der Straße von Formosa kreuzende 7. Flotte, die weitaus stärkste der amerikanischen Flotten in Übersee, die über eine gewaltige, auch atomare Feuerkraft verfügt, erinnert die Regierung des Generalissimus dauernd daran, daß der Schutz Formosas effektiv ist. Die 7. Flotte hat bisher die Kommunisten auf dem Festland und die Nationalisten Formosas von Abenteuern abgehalten, die zu einem Weltbrand führen könnten. Kommt es nun nicht zur Rückkehr der Nationalisten zum Festland, so ist es unausbleiblich, daß Festlandflüchtlinge und Taiwan-Chinesen sich zum gemeinsamen Dienst an einem friedlichen Formosa zusammenfinden, dessen Existenz so lange gesichert ist, als keine entscheidenden Verlagerungen im Gleichgewicht der militärischen Kräfte in der Welt eintreten. Die Nationalisten fürchten aber den Tag, an dem sie ihre Aspirationen auf die Rückkehr zum Festland aufgeben müßten, nicht zuletzt deshalb, weil sie dann vor den Taiwan-Chinesen „das Gesicht verlören“ und nicht mehr die dominierende politische Machtstellung auf der Insel behaupten könnten. Spätestens beim Tode des jetzt 75jährigen Marschalls Tschiang Kai-schek, dessen 30jähriger Gedenktag der Machtergreifung im Mai 1961 gefeiert wurde und der sich nunmehr in der dritten, jeweils auf sechs Jahre bemessenen Periode seiner Präsidentschaft auf Formosa befindet, werden Richtungskämpfe politischer Art zu erwarten sein. Wer sein Nachfolger wird, ist noch völlig unklar.

Die katholische Mission drängt natürlich auch nach dem Festland zurück, da sie 3,5 Millionen Katholiken in größter Bedrängnis zurücklassen mußte und mit China das räumlich größte Missionsfeld der Kirche verlor. Aber sie hat keine konkreten Vorstellungen über das Wie und Wann ihrer Rückkehr, verbindet ihr Hoffen deshalb auch nicht mit konkreten politischen Zielsetzungen oder sogar

geplanten militärischen Unternehmungen zur Beseitigung der kommunistischen Herrschaft. Außer dem Anstoß von außen oder der Revolution von innen gibt es auch die Möglichkeit einer Evolution, die nur jener ausschließen könnte, der gegen alle Erfahrung der Geschichte, einschließlich der jüngsten Geschichte, glaubt, daß der Kommunismus, unverändert bis zum Ende der Zeiten, jeder Wandlung trotzen würde. Das Vertrauen auf den steten Wandel der irdischen Gestaltungen fordert natürlich Geduld, eine Geduld, die Tschiang Kai-schek und seine Getreuen angesichts ihrer Situation zum Leidwesen der Amerikaner nicht aufbringen wollen bzw. können, zu der aber die Kirche fähig ist, zumal sie weiß, daß Gott noch immer der Herr der Geschichte ist. Manche Missionare der alten Chinamission hoffen, daß sie die Wiedereröffnung der Mission auf dem chinesischen Festland noch erleben werden. Andere wie Kardinal Tien, Administrator des Metropolitansitzes von Taipeh, sprechen von „spätestens in einer Generation“, und sie sagen dies in Kenntnis der großen inneren Schwierigkeiten, mit denen das kommunistische Regime in China zu kämpfen hat und über die man in Formosa dank des Geheimdienstes der dortigen Regierung vielleicht noch besser unterrichtet ist als in Hongkong.

Vorläufig ist jedenfalls in dem erst zu wenigen Prozenten christlichen Formosa noch viel zu tun, und es ist gut, wenn die Mission diese Basis ihrer Arbeit so gründlich und so fest wie möglich legt. Es fügt sich nun glücklich, daß die Taiwan-Chinesen sich jetzt dem Apostolat mehr öffnen. Angesichts der oben angedeuteten möglichen politischen Entwicklungen auf Formosa ist es eine Lebensfrage der Kirche auf der Insel, nicht nur eine Kirche der Flüchtlingschinesen und der (politisch bedeutungslosen) Ureinwohner in den Bergen zu sein, die sich im letzten Jahrzehnt bei einer Gesamtzahl von 200 000 (andere schätzen 300 000) etwa je zur Hälfte der katholischen Kirche oder protestantischen Gemeinschaften zuwandten und hauptsächlich durch ein ihre menschliche Würde achtendes Sozialapostolat gewonnen wurden. „Formosa ist vielleicht das erste Beispiel einer Kirche, die fast ausschließlich von Gläubigen konstituiert wurde, die nicht aus dem Lande selbst stammen.“ So sagte der Bischof von Tainan, Msgr. Stanislaus Lokuang, selbst ein Festlandchinese und früherer Professor am Propagandakolleg in Rom, in einem Interview, das er anlässlich seiner Teilnahme am Konzil einem Vertreter des „Osservatore Romano“ gab. Es ist verständlich, daß die Missionare aus China sich zunächst den aufgeschlossenen Flüchtlingschinesen zuwandten, die das Wirken der Kirche in China gesehen und ihren Opfermut in der Verfolgung beobachtet hatten, zumal gerade Gebildete aus ihren Reihen sich zur katholischen Kirche hingezogen fühlten. Nachdem nun die Taiwan-Chinesen ebenfalls die Kirche beobachteten und in den Bannkreis ihres Wirkens traten, wendet sich die Mission mit Erfolg auch den Taiwanern zu. Das Haupthindernis der Annäherung war die Unkenntnis der beiden Hauptdialekte der ortsansässigen Chinesen, die zu erlernen selbst den chinesischen Priestern vom Festland schwerfällt. Nachdem viele ausländische Missionare sich tapfer um die Erlernung dieser Dialekte bemüht hatten, werden jetzt auch chinesische Flüchtlingspriester dazu angehalten. Zwar ist in allen Schulen Formosas auf Anordnung der Regierung Mandarin die Schulsprache, und die jüngeren Leute verstehen heute durchweg diese Sprache, aber zu Hause wird noch Taiwanisch gesprochen, und

die Kirche kann sich nicht im Lande wirklich verwurzeln, wenn ihre Diener nicht die Muttersprache der Bewohner sprechen. In der Vorbereitung auf die sprachlichen Erfordernisse der Mission unter den Taiwanesen liegt ein heilsamer Zwang für die in der Emigration lebenden chinesischen Priester Formosas, sich den Bedürfnissen der Gesamtkirche auf Taiwan zuzuwenden und nicht sich geistig-seelsorglich auf den Bereich der Flüchtlingschinesen zu beschränken. Eines der größten Probleme der Kirche auf Formosa ist die schnelle Heranbildung von in Taiwan geborenen Priestern. Es gibt ihrer erst fünf, ein Zeichen dafür, daß es der Kirche Formosas, die vor der Flucht der Nationalchinesen dorthin (1949) erst 12 326 Katholiken und nur vier asiatische Priester zählte, in den seither verflossenen 14 Jahren noch nicht gelang, sich hinsichtlich des Nachwuchses wirklich „einheimisch“ zu machen. Man hat in letzter Zeit drei Vorbereitungsseminare des Gymnasialkurses gegründet, die 105 Schüler (darunter 33 „Taiwanesen“) zählen. Allgemein wird geklagt, daß der materialistische Geist der öffentlichen Schulen für das Wachsen von Priesterberufen nicht günstig ist. Aber es muß zum Nachdenken anregen, daß die etwa 250 000 nichtkatholischen Christen, obwohl sie unter den gleichen Umweltschwierigkeiten leiden, es fertigbrachten, 18 Seminare mit zum Teil mehrjährigen Vorbereitungskursen einzurichten, die den einheimischen Christen eine durchaus genügende Zahl von Pastoren sichern, während die ausländischen Kirchendiener sich immer mehr von der unmittelbaren Leitung der Gemeinden zurückziehen. In Taipeh hat man jetzt katholischerseits den Versuch mit einem Spätberufenseminar gemacht.

*Tschiang Kai-scheks „unmittelbare Rückkehr“
zum Festland*

Eine große äußere Beunruhigung des friedlichen Werkes der Kirche auf Formosa stellt die kriegerische Atmosphäre dar, in die das ganze äußere Leben der Insel gestellt ist. Die Regierung Tschiang Kai-scheks betrachtet sich noch immer als mit Rotchina im Krieg befindlich und zieht daraus alle Konsequenzen. Das stehende Heer ist das zweitgrößte im Fernen Osten. Es soll den Anspruch Nationalchinas auf das Festlandchina durch seinen Umfang unterstreichen und zugleich vor einem Angriff auf Formosa schützen. Gleichzeitig stellt es die Invasionsarmee dar, mit der Tschiang Kai-schek auf dem Festland eingreifen möchte, wenn es dort etwa in einer Küstenprovinz zu größeren Unruhen kommt. Er glaubt, daß, wenn seine Truppen in einer Provinz die Herrschaft an sich gerissen hätten, dann in einer Art Serienzündung das Feuer der Gegenrevolution sich über das ganze riesige Land verbreiten würde. Den Schutzvertrag mit den USA legt die Regierung in Formosa so aus, daß dieser Vertrag ihr das Recht gebe, bei Aufständen auf dem Festland notfalls auch im Alleingang, d. h. ohne amerikanische Waffenhilfe, einzugreifen. Tatsächlich legt das Abkommen fest, daß keiner der Partner ohne Zustimmung des anderen militärische Maßnahmen ergreifen kann. Die Presse Formosas fordert dauernd eine Neufassung des Vertrags, der ihrer Regierung größere Bewegungsfreiheit auf militärischem Gebiete geben soll. Inzwischen hilft man sich mit Deklamationen, der Bürgerkrieg Formosa — China sei eine innere chinesische Angelegenheit, in die Außenstehende nicht hineinzureden hätten. Die USA sind zur Zeit entschieden gegen eine Invasion. Sie würden ihren Standpunkt vielleicht bei einem totalen Zusammenbruch Rotchinas revi-

dieren. Indes spricht nichts dafür, daß dieser Zeitpunkt nahe ist. Wenn Tschiang Kai-schek in einer Fehleinschätzung der Widerstandskraft des kommunistischen Regimes sich zu einem Alleingang entschließen würde, ständen die USA vor der Alternative, seine Landungsarmee entweder herauszuhauen oder sie der Vernichtung preiszugeben. Im ersten Falle könnte ein weltweiter Konflikt entstehen, im zweiten Falle wäre das Ende Nationalchinas gekommen, und die Vereinigten Staaten hätten im Osten vollständig „das Gesicht verloren“.

Seit Jahren verkünden die Nationalisten, die Aktion gegen das Festland stehe bald bevor. Das Heer wird dauernd in entsprechender psychologischer Spannung gehalten. Man hat sogar gezögert, den Veteranen, die aus der Armee ausscheiden, eine Siedlungsmöglichkeit zu geben. Das Land wird mit Plakaten überschwemmt, die den Angriffswillen gegen Rotchina wachhalten sollen. Da sich die Propaganda für die militärische Rückkehr zum Festland auf die Dauer psychologisch abnutzt, wenn der Zeitpunkt der Invasion immer weiter herausgerückt wird, muß man jedes Ereignis in der Welt, das in der Sicht der Regierung die Aussichten des Unternehmens steigert, herausstellen. Ein weltweiter Konflikt wird sogar herbeigesehnt, da man darin Chancen für das Unternehmen sieht. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, der Fehlschlag des Systems der Volkskommunen, innere Unruhen in China, der ideologische Konflikt im Weltkommunismus: alles dies kündigt in den Augen der Regierung an, daß die Stunde des Handelns näher rückt. Am 18. September 1962 erklärte der Premierminister Tscheng von Formosa in der Gesetzgebenden Versammlung: „Die Zeit der Entscheidung ist nun gekommen. Es wird Sache des Präsidenten sein, den Zeitpunkt für die Aktion zu bestimmen.“ An die Adresse des Auslandes richtete er die Worte: „Unser ständiges Prinzip ist, die festgelegte nationale Politik mit eigenen Kräften durchzuführen. Natürlich hoffen wir, daß alle befreundeten Nationen uns helfen werden, aber wir erwarten nicht, daß sie ihre Söhne für uns ihr Blut vergießen oder sterben lassen.“

Seit Jahren schleust nun die Regierung von den durch die Nationalisten besetzten küstennahen Inseln Agenten in großer Zahl nach Rotchina ein, die nicht nur Spionageaufgaben zu erfüllen haben, sondern auch den Widerstand der Bevölkerung organisieren sollen. Mit Hilfe dieser Agenten erhält die Regierung ferner Nachrichten über die „weichen Stellen“ in der militärischen und psychologischen Rüstung Rotchinas. Neuerdings hat man zahlreiche bestens vorgebildete Sabotagetrupps in die Küstengebiete Rotchinas eingeschleust, die teilweise in Uniformen der Roten Armee auftreten. Die Kommandos haben Brücken gesprengt, Munitionsdepots in die Luft gehen lassen, Kraftwerke zerstört usw. Weniger aus militärischen Klugheitsgründen als aus dem inneren Zwang heraus, dem Volke zu zeigen, daß die Invasion nahe ist, hat die Presse von Formosa seit Anfang 1963 damit begonnen, die bisher nur geheimnisvoll angedeuteten Aktionen nun in allen Einzelheiten zu schildern. Zweifellos waren sie nicht möglich ohne eine weitgehende Unterstützung der Bevölkerung in den Küstengebieten. Ganze Sabotagetrupps sind bei dem Unternehmen vernichtet worden, andere konnten flüchten. Die Presse von Taipeh weist darauf hin, daß seit 1957 die Zahl der getöteten Agenten auf dem Festland immer mehr abgenommen habe, ein Zeichen, daß die dortige Bevölkerung ständig mehr mit den Stoßtrupps sympathisiere und ihr Erscheinen immer sel-

tener melde. Man erinnert sich nun, daß um die Mitte des Vorjahres die Nachricht über kommunistische Truppenkonzentrationen und die Räumung der Küstenstriche Fukiens von der Zivilbevölkerung in der Welt einige Aufregung hervorrief. Die Amerikaner verstärkten ihre Patrouillentätigkeit in der Formosa-Straße. Viele erwarteten einen rotchinesischen Angriff auf Quemoy und Matsu oder gar einen großangelegten Angriff auf Formosa selbst. Andere meinten, die Ursache der Maßnahmen seien Revolten der hungernden Bevölkerung. In Wirklichkeit aber handelte es sich wohl um eine Abwehraktion der Rotchinesen gegen eine Kombination von Hungerrevolten und nationalchinesischen Sabotage-Akten. Die Absicht eines militärischen Angriffsunternehmens ist um so weniger wahrscheinlich, als China damals gerade seinen Vormarsch nach Indien hin vorbereitete. Die Kommunisten wissen auch zu gut, daß sie zur Zeit militärisch außerstande sind, gegen die vereinte Macht der Amerikaner und Nationalchinesen einen Angriffskrieg zu führen, der zudem angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Chinas auch finanziell nicht möglich ist. Die nationalchinesische Regierung treibt ein gefährliches Spiel, gedrängt durch die Sorge um ihre Glaubhaftigkeit vor den eigenen Leuten. Irgendeine „kriegsentscheidende“ Bedeutung haben die Unterwühlungs- und Sabotage-Akte auf dem Küstenstreifen von Fukien nicht. Formosa sieht sie auch nicht als militärische Aktion im Sinne des amerikanisch-chinesischen Vertrages an. Denn sonst hätte die Regierung die USA vorher konsultieren müssen. Eine solche Konsultation ist aber niemals erfolgt. Amerika aber scheint sich zu scheuen, durch Druck das Ventil des nationalchinesischen Angriffswillens zu schließen, um die Stellung der Regierung Tschiang Kai-scheks und zugleich das eigene moralische Ansehen auf Formosa nicht zu gefährden.

Bei Ausleuchtung des politischen Hintergrundes der katholischen Missionsaktion auf Taiwan darf noch eines nicht übersehen werden: das Zusammengehörigkeitsgefühl des ganzen chinesischen Volkes. Sowohl die rotchinesische als die nationalistische Regierung wollen das ganze China. Eine völkisch-nationale Klammer verbindet Festland-, Formosa- und Diasporachinesen. Die Nationalchinesen auf Taiwan betrachten jeden Erfolg des kommunistischen Regimes in der Ausbreitung bzw. Sicherung seiner Grenzen zugleich als einen Erfolg des ganzen Volkes. Sie haben deshalb auch den Krieg gegen Indien begrüßt, weil sie mit den Kommunisten die MacMahon-Linie nicht anerkennen. Das allchinesische Nationalgefühl ist durch den kommunistischen Einmarsch in indisches Hoheitsgebiet stark gefördert worden. Es gibt auch unter den Flüchtlingschinesen auf Formosa Leute, die die augenblicklichen ideologischen Gegensätze zwischen Peking und Taipeh nicht als unüberwindlich ansehen. Es ist für sie ein beängstigender Gedanke, sich eines Tages als Angehörige eines völkerrechtlich anerkannten souveränen Inselstaates Taiwan neben dem großen China in der Versammlung der Vereinten Nationen wiederzufinden. Weder die Kommunisten Chinas noch die Nationalisten Taiwans wollen also die Auseinanderreißung des einen und ganzen China. Es hat in früheren Jahren nicht an Versuchen der Kommunisten gefehlt, in Hongkong und Macao mit inoffiziellen Vertretern der nationalchinesischen Regierung eine ähnliche Koexistenz auszuhandeln, wie sie Chruschtschow für Westdeutschland und die Ostzone vorschlug. Man sprach dabei von einer stufenweisen Annäherung der beiden

Teile Chinas unter einer gemeinsamen Souveränität. Die Nationalisten haben dies stets abgelehnt. Die Nachricht des „Observer“ (12. 8. 62) über ein Geheimabkommen zwischen Tschiang Kai-schek und Peking, das angeblich einen zehnjährigen Waffenstillstand in der Formosa-Straße vorsieht, während dessen die Insel eine autonome Region Rotchinas unter Beibehaltung des Kuomintang-Regimes werden und nach weiteren zehn bis zwanzig Jahren sich entscheiden soll, ob sie ein selbständiger Staat oder ein Teil Rotchinas werden will, scheint nichts weiter als ein Propagandamanöver oder ein „Versuchsballon“ rotchinesischer Agenten in Hongkong gewesen zu sein.

Die Kirche und das sittliche Erbe Chinas

Sicher ist, daß die Zukunft Formosas weithin davon abhängt, ob die nachwachsende Generation auf der Insel eine Bildung erhält, die auf spirituellen Werten aufbaut und einen Damm gegen den sich im Lande ausbreitenden Materialismus bildet. Werden die tiefen Unterschiede zwischen einer spirituellen Weltanschauung und dem Materialismus eingeebnet, so muß Formosa zwangsläufig in den Sog des kommunistischen China geraten. Bei uns glauben viele, die Kuomintang, die noch heute die Regierungspartei auf Formosa stellt, müsse den spirituellen Werten den Primat zuweisen, weil sie ja antikommunistisch ist. Man vergißt dabei, daß diese Partei ein Produkt jener großen Sturm-und-Drang-Periode ist, die die alte Kulturüberlieferung als altmodisch abtat und sich begierig der Wissenschaft, der Technik und der Aufklärungsphilosophie des Westens zuwandte. Die alte chinesische Tugendlehre wurde schon 1911, also zu Beginn der Republik, in den Schulen zu einer Staatslehre umgebaut. Sicherlich hat die Kuomintang, namentlich die „erneuerte“ Kuomintang Formosas, sich allmählich wieder stärker auf das alte Kulturgut besonnen, und zwar nachdem sie erkannt hatte, daß Wissenschaft und Wissen allein noch keine guten Bürger und edlen Menschen machen. Dennoch breitet sich vor allem materialistisches Denken unter dem Einfluß des industriellen Aufschwungs und der Hebung des Lebensstandards beängstigend aus. Tschiang Kai-schek hat das Schulwesen großartig entwickelt. 95 Prozent der schulpflichtigen Kinder besuchen die sechsjährige obligatorische Volksschule, 500 000 Jugendliche bevölkern die 226 Mittelschulen und 78 888 die 109 Berufsschulen des Landes. Aber man liest mit Bestürzung das Urteil eines Schweizer Formosa-Missionars (Jakob Hilber SMB in der Zeitschrift „Bethlehem“, Nr. 6, 1962): „Der Wurm im ganzen blühenden Schulsystem ist der Materialismus. Die Erziehungsfachleute von heute haben ihren Bildungsstand meist in Europa und Amerika geholt. Dort lernten sie selten ein lebendiges Christentum kennen. Meistens machten sie Bekanntschaft mit einem militanten Atheismus: Ewiger Fortschritt der Menschheit, der Wissenschaft ersetzt die Religion, Religion ist Aberglaube, Wissenschaft befreit den Menschen aus dem dunklen Mittelalter. Alle diese Schlagworte fressen sich tief in die Herzen ein, und dieser Geist diktiert nun auch die Schulbücher... Der Kommunismus hat zwar vielen die Augen geöffnet und ihr Herz wieder für Gott erschlossen. Vieles Anstößige gegen die Religion wurde aus den Schulbüchern beseitigt, aber noch herrscht der Materialismus als König über die Lehrerkreise und Lehramtsschulen.“

Für das gesamte Schulwesen Formosas beklagte der Professor der Soziologie an der Nationaluniversität in Taipeh Albert O'Hara SJ im Jahre 1959 in einer englisch ge-

schriebenen Zeitung der Hauptstadt: „Ich habe den Eindruck, daß der Unterricht in der konfuzianischen Ethik, die eines der höchststehenden Systeme der Welt war, aus dem Unterrichtsplan gestrichen ist, sowohl im Primär- als im Sekundärunterricht bzw. in der Universitätsbildung. Die Eltern bemühen sich nicht um diese Unterweisung bei ihren Kindern, weil sie glauben, daß diese die entsprechenden Kenntnisse seitens der Schule erhalten. Die Kinder haben so kein sittliches Leitbild für ihr Handeln, und man kann nicht erwarten, daß sie allein der Bestrafung wegen ihr Verhalten korrigieren.“ Der Verfasser zeigt weiter, wie dieses „Bollwerk“ konfuzianischer Ethik durch nichts ersetzt wurde. Daher die Jugendkriminalität und der Zerfall der Familien.

Angesichts dieser Lage ist die Aufgabe der katholischen Kirche Formosas auf sittlichem und kulturellem Gebiete klar umrissen. Der Kardinalpräfekt der Propaganda Fide stellte sie bei seinem Besuch der Insel (1959) auf dem Abschiedsbankett dar, das ihm die höchsten Behörden des Staates gaben, nicht ohne Grund die echten Werte chinesischer Zivilisation in den Vordergrund stellend. Er pries „die Werte, die zwar jeder wahren Zivilisation eigen sind, aber seit uralter Zeit ganz besonders China und die Chinesen charakterisieren. Hier ist zunächst die allgemeine Anerkennung eines obersten Gesetzes und Gesetzgebers zu nennen, die von selbst einen tiefen Respekt vor individuellem Eigenleben und vor menschlicher Freiheit auslöst und so die beste Gewähr gegen jede Art von Unterdrückung und diktatorischer Anmaßung bietet. Als zweites: jenes hierarchische Gesetz der Loyalität, ein uraltes chinesisches Eigengut, das man mit allgemeinem Namen auch als das Gesetz der kindlichen Pietät bezeichnet. Ich freue mich über diese hohen seelischen Werte der Chinesen und bewundere sie. Mit tiefer Trauer erfüllt es mich, daß andere (in Ihrem Volke) nun versuchen, diese Werte zu zerstören. Ich kann Ihnen versichern, daß die katholische Kirche mit allen geistlichen Mitteln, die ihr eigen sind, zusammen mit Ihnen in gleicher Linie stehen wird, um diese geistigen Werte zu verteidigen, hochzuhalten und sie in Zukunft auszusäen, wo immer sie ihren Aktionsradius ausbreiten und ihr Lehramt ausüben kann.“

Naturgemäß hat die christliche Schule in dieser Sicht eine Aufgabe von höchster Bedeutung. Es quält viele Missionare, daß die überwältigende Mehrzahl der heidnischen und christlichen Kinder die staatliche Volksschule besuchen müssen, deren Geist oben angedeutet wurde. Private Volksschulen sind zwar seit einiger Zeit erlaubt, erhalten aber keine staatliche Unterstützung und dürfen auch kein Schulgeld nehmen. Die Finanzierung solcher Volksschulen belastet also die Formosa-Kirche außerordentlich, und sie hat bisher ihrer nur fünf eröffnen können. Was nützt uns, so sagen viele Missionare, alles seelsorgliche und apostolische Bemühen, wenn in die Seelen der Jugendlichen während der Volksschuljahre der Keim der religiösen Indifferenz und des reinen Diesseitsdenkens gelegt wird? Die Forderung, zunächst seitens der Kirche nur Volksschulen zu gründen und das übrige (höhere) Schulwesen zu vernachlässigen, läßt sich nicht durchführen, der Kosten wegen, aber auch in Rücksicht auf die gesamte kulturpolitische Situation, die ein Einwirken auf alle Altersstufen der Bevölkerung verlangt. Katholische und protestantische Mission haben sich in immer stärkerem Maße der Gründung von höheren Schulen zugewandt, die der Staat begünstigt, da die staatlichen höheren Unterrichts-

anstalten die dort Aufnahme Suchenden nicht fassen können. Es gibt zur Zeit 14 katholische höhere Schulen, dazu einige qualifizierte Berufsschulen, von denen eine (Industrieschule mit Lehrwerkstätten) den Spenden und der aktiven Mitarbeit der Schweizer katholischen Arbeiterschaft ihr Entstehen und ihre Entfaltung verdankt. Auch das Bischöfliche Hilfswerk Misereor unterstützte kräftig diese Gründung. Unter der Jugend der Insel (40% der Bevölkerung sind Kinder unter 14 Jahren!) herrscht ein wahres Fieber nach Bildung. Es fehlt an Lehrern und Schulgebäuden. Das große Verlangen nach gehobener Bildung stellt die Regierung vor die Frage, wie sie der Gefahr des Entstehens eines Bildungsproletariats begegnen kann. Schon jetzt finden Tausende keine ihrer Vorbildung entsprechende Beschäftigung. — Die Gründung höherer Schulen belastet die Kirchen finanziell nicht so sehr, da sie dort Schulgeld verlangen können, das die Eltern gerne zahlen, um ihren Kindern die Möglichkeit einer gehobenen Bildung zu verschaffen. Als die Steyler Patres jüngst in Zentralformosa eine Mittelschule eröffneten, meldeten sich für 300 verfügbare Plätze 3000 Schüler. Diesen Weg der Jugendbeeinflussung muß die Kirche entschlossen weitergehen. Es hat die führenden katholischen Kreise Formosas tief erfreut, daß im Vorjahr ein erklärter Atheist, der Tausenden chinesischer Lehrer den Pragmatismus des Amerikaners Dewey als Erziehungsphilosophie angepriesen hatte und zwei Jahre lang das Erziehungswesen des Landes leitete, katholisch wurde: Dr. Hsu Tschueg-schik, Professor der Ethik und der Philosophiegeschichte an der Nationaluniversität zu Taipeh. Er ist auch einer der besten Kenner der kantianischen Philosophie, die er sieben Jahre lang in Deutschland studierte, bevor er leitende Stellungen im akademischen Bildungswesen, besonders der Lehrervorbildung, in Nanking übernahm. Mit Tschiang Kai-schek kam er dann nach Formosa. Dr. Hsu ist nur einer von vielen höhergebildeten Chinesen, die in den letzten Jahren den Weg zur Kirche fanden. Unter den Universitätsprofessoren Formosas zählt man zur Zeit 150 Konvertiten.

Katholische Universität im Werden

Das Apostolat unter der Bildungsschicht ist also vielversprechend. Der Kirche ist der Einbruch in diese Kreise jetzt erstmalig in breiter Front gelungen, seitdem der unglückliche Ausgang des Ritenstreits den Zugang des Katholizismus zu den führenden Kreisen des chinesischen Kulturlebens blockiert hatte. Von den etwa 20000 College-Studenten im Bereich von Taipeh sind über 1500 katholisch. Wie Kardinal Tien versichert, besteht unter der Studentenschaft von Taipeh „ein starker Zug zur Kirche“. Man führt diese Entwicklung in einem Lande, dessen Präsident und viele führende Persönlichkeiten nichtkatholischen christlichen Gemeinschaften angehören, darauf zurück, daß die Studenten auf der Suche nach der Wahrheit durch die Vielzahl der protestantischen Bekenntnisse und der Sekten verwirrt werden und in der geschlossenen Einheit der katholischen Kirche ein Zeichen der Wahrheit sehen.

Man muß rückhaltlos anerkennen, daß kirchlicherseits nicht versäumt wurde, diese Entwicklung zu verstärken. Bestens vorbereitete Priester sowie eine Anzahl von Ordensfrauen, meist Benediktinerinnen, haben heute Lehrstühle (weltlicher Wissenschaft) an den Staatsuniversitäten des Landes inne. Die 19 Jesuiten, die im Bereich von

Taipeh dozieren, sind in einer eigenen Kommunität zusammengefaßt. An jeder Universität Formosas gibt es hauptamtliche katholische Studentenseelsorger, zum Teil auch Studentenheime, die, oft mit Bibliotheken, Studieräumen und Erholungsmöglichkeiten ausgestattet, nach dem Prinzip der „Offenen Tür“ arbeiten. Die katholischen Studenten sind in einer zentral geleiteten Apostolatsorganisation zusammengefaßt und erhalten jetzt für ihre Tätigkeit ein modern ausgestattetes Zentrum in Taipeh.

Bei alledem hat man nicht die Notwendigkeit der Gründung einer Katholischen Universität aus dem Auge gelassen. Tschiang Kai-schek hatte selbst den Wunsch ausgesprochen, die Fu-Jen-Universität zu Peking, die anfangs von Benediktinern, später von der Steyler Missionsgesellschaft geleitet und dann von den Kommunisten geschlossen wurde, auf Formosa wiedererstehen zu lassen. Wenn man unter Zustimmung des Papstes sowie mit finanzieller Unterstützung Roms und der Katholiken vieler Länder den Plan aufgriff, so tat man dies nicht aus „Prestigegründen“, auch nicht weil es schon eine protestantische Universität im Lande gibt, ebenfalls nicht, um die katholischen Studenten der Insel dort zu einer Art „Getto-Ausbildung“ zu sammeln. Die zwingende Notwendigkeit ergab sich aus der Situation der modernen chinesischen Kultur, die auch zur Schaffung der ursprünglichen Fu-Jen im Festlandchina geführt hatte. Diese Kultur hat bei der bereitwilligen Aufnahme abendländischer Elemente das Beste des chinesischen Kulturerbes verschüttet und die Errungenschaften des Westens nur nach ihrer äußeren naturwissenschaftlich-technischen Seite übernommen. Es fehlt ihr nun das Formprinzip, die Seele. Die dadurch hervorgerufenen Erschütterungen haben auf dem chinesischen Festland dem Kommunismus, einem Gebilde des einst christlichen Abendlandes, den Weg geebnet, und gerade die chinesische Intelligenz ist für diese Entwicklung verantwortlich gewesen. Die neue Hochschule, der drei Fakultäten mit acht Departments angegliedert werden sollen, will mitbauen an einer Synthese der echten Werte chinesischer und abendländisch-christlicher Kultur. Die Naturwissenschaftliche Fakultät übernimmt die Steyler Missionsgesellschaft, die Rechtsfakultät die Jesuiten, die Fakultät für Freie Künste der chinesische Weltklerus. Alles ist noch nicht geklärt, aber unter der Treuhänderschaft des formosanischen Episkopats steht schon die zentrale Verwaltungskörperschaft mit Kardinal Tien als Kanzler und dem im Exil lebenden Erzbischof Yu-pin von Nanking als Rector magnificus. In diesem Jahr soll in Taipeh mit dem Bau der zentralen Universitätseinrichtungen begonnen werden. Dutzende von Professoren bereiten sich auf die Übernahme von Lehrstühlen vor, und chinesische Laien besuchen schon zum gleichen Zweck als Stipendiaten der Universität westliche Hochschulen. Die Regierung in Taipeh und die Verwaltungsbehörden an den Orten, die als Sitz von Fakultäten ausgewählt wurden, haben bereitwillig Baugelände geschenkt. Da aber einzelne, zum Teil sehr große Grundstücke nicht geeignet erschienen, ergaben sich oft schwierige Tauschverhandlungen. Dazu müssen neue Grundstücke erworben werden. So gab es bei den Planungen etliche Verzögerungen.

Die Zielsetzung der Universität steht in einem inneren Zusammenhang mit der Aufgabe der innerkirchlichen Akkommodation an die einheimische Wertewelt. Hier ist

gewiß noch manches zu tun, um die Kirche von dem Vorwurf zu entlasten, sie habe im chinesischen Kulturraum eine allzu abendländische Fassade (Abt Coelestin Lu OSB). Andererseits muß diese Anpassung den Gegebenheiten der Kulturentwicklung auf Formosa Rechnung tragen, die nun einmal keine Rückkehr zu jenem China will, das sich vom Westen bzw. von der werdenden Einheitszivilisation der Welt abspernte. Schon im Jahre 1960 beschloß die Bischofskonferenz Formosas, die katholischen Riten hinsichtlich der Anpassung an die örtlichen Gebräuche zu studieren und das Rituale der Sakramentspendung ins Chinesische zu übersetzen. Man war damals allgemein überzeugt, daß ein weitgehendes Entgegenkommen der Kirche auf liturgischem Gebiet die Lehren der Kirche für die Heiden leichter eingängig machen und das religiöse Leben der Katholiken lebendiger gestalten würde. Bei einer Rundfrage über die Erwartungen der Katholiken Formosas hinsichtlich des Ökumenischen Konzils ergab sich, daß das ganze Interesse auf die Fragen einer Änderung gewisser liturgischer Formen, den Gebrauch der Volkssprache in der Liturgie und auf die Probleme der Anpassung im allgemeinen gerichtet war. Der Direktor des Katholischen Zentralbüros in Taipeh, der Priester Peter Wu, erklärte: „Hundert Prozent der Katholiken ersehen die Volkssprache in der Liturgie und achtzig Prozent des Klerus“ (NCWC News Service, 24. 12. 62). Die Grundsätze, die im ersten Kapitel des Liturgieschemas vom Konzil verabschiedet wurden, geben den Katholiken Formosas die Hoffnung, daß ihr Wunsch wahrscheinlich im Sinne der grundsätzlichen Zusicherung Erfüllung finden wird, die Rom im Jahre 1949 der China-mission gab, daß nämlich die heilige Messe mit Ausnahme des Kanon in chinesischer (Mandarin-) Sprache gefeiert werden dürfe (vgl. Costantini, *Le Missioni Cattoliche*, Rom 1949, S. 25, und Paventi, *La Chiesa Missionaria*, Rom 1949, I. Bd., S. 388).

Für die Lösung der Probleme der terminologischen Anpassung in der Übersetzung der Heiligen Schrift, in der Liturgie und in der Theologie wird von großem Werte das vielsprachige chinesische Lexikon sein, dessen Fertigstellung von einer Reihe von Gelehrten des Jesuitenordens im Jahre 1947 begonnen, dann in Macao fortgesetzt und in Formosa vollendet wurde. Es umfaßt fünf Bände und befindet sich zur Zeit in der Revision. Auf Formosa haben 30 Patres und ein Dutzend Laiengelehrte in entsagungsvoller Arbeit über zehn Jahre sich ausschließlich dieser Arbeit im „Internationalen und Intermissionarischen Institut der Gesellschaft Jesu“ zu Taichung gewidmet. Zwei Millionen Karteizettel, die in China noch vorbereitet worden waren, sowie Hunderte chinesischer und ausländischer Wörterbücher, die für die Arbeit unentbehrlich erschienen, konnten aus China gerettet werden, als das ganze Land schon kommunistisch war. In dem Wörterbuch sind 18 000 chinesische Zeichen und mehr als 180 000 Ausdrücke bzw. Kombinationen mit fünf Sprachen konfrontiert: Englisch, Französisch, Latein, Spanisch, Ungarisch. Besonderen Wert legte man darauf, chinesische philosophische Termini in den Sprachen des Westens verständlich zu machen. Die wissenschaftlichen Ergebnisse der Lexikonarbeit sind schon bei zahlreichen Übersetzungen ausländischer Standardwerke christlicher Herkunft benutzt worden. Das Lexikon wird von den Jesuiten selbst als „eines der wichtigsten und geduldigsten Unternehmen der modernen Zeit“ bezeichnet.

Für alle am
Missionswerk
beteiligten Orden,
Kongregationen
und Institute.
Missionsgebets-
meinung für Mai
1963

In jedem Monat beten wir für ein anderes Land oder Anliegen der katholischen Weltmission. Diesmal soll unser Gebet denen gelten, die die Mission tragen und mit denen sie steht und fällt. Die Aufmerksamkeit richtet sich heute mit Vorliebe auf den einheimischen

Weltklerus der Missionsländer, und unter den Menschen, die sich aus unserer Heimat der Mission zur Verfügung stellen, werden diejenigen hervorgehoben, die das als Laien tun. Aber das Rückgrat der katholischen Mission bilden die Orden, Kongregationen und ordensähnlichen Institute. Sie stellen etwa 15 000 Priester, 12 000 Ordensbrüder und ungefähr 70 000 Schwestern. Ihnen soll im Mai das Gebet aller Gläubigen gelten.

Beginnen wir mit dem mindesten, das sie brauchen und manchmal bitter entbehren: materielle Unterstützung. Über die Art und Weise, wie man die Missionen materiell unterstützen sollte, gibt es leider noch keine genügend wirksamen Direktiven. Da werden alte Briefmarken gesammelt und Negerknaben aufgestellt, die mit einem Kopfnicken für einen Pfennig danken, den man in die Büchse wirft. Handelte es sich dabei wirklich um das Scherflein der Witwe, wäre es gut. Aber solche Aktionen scheinen bisweilen den Eindruck zu begünstigen, als könne man die Missionen mit Brosamen abfinden und als genüge das. Ein Bischof aus Südafrika erzählte, man habe ihm auf einen Hilferuf Kleiderpakete geschickt, die reinen Plunder enthielten und nicht entfernt den Zoll wert waren, den er hätte zahlen müssen. So geht es nicht! Auch die Konkurrenz der Missionsgesellschaften im Sammeln von Geldern ist eine Behinderung der einen durch die andern. Die Zentralisierung des Sammelwesens über das Päpstliche Missionswerk hat leider etwas Anonymes an sich. Besser funktioniert die Hilfe überall da, wo ein persönliches Band hergestellt werden konnte. Aber ein Band von Diözese zu Diözese ist noch zu unpersönlich; es könnte leicht konkreter geflochten werden. Doch müssen wir jene Hilfsmöglichkeiten nützen, die jetzt bestehen, und darum beten, daß die Opferbereitschaft zur Unterstützung der Missionsorden nicht nachlassen, aber einfallreicher organisiert werden möge.

Wichtiger noch als das Geld sind die Menschen. Viele Missionsgesellschaften leiden unter Nachwuchssorgen. Das hat mehrere Gründe. Sowohl der Ordensberuf als auch der Missionsberuf haben an Ansehen und Anziehungskraft verloren, und das auch in den Kreisen der gläubigen Menschen. Gegen den Eintritt in einen Orden sträubt sich bei vielen jungen Menschen heute die Freude an der persönlichen Freiheit und der Wille, sie sich zu bewahren. Nicht immer deutet das hin auf einen Mangel an Idealismus für soziale und religiöse Aufgaben; aber dieser Idealismus scheut eine so unterwürfige und lebenslange Bindung, wie der Eintritt in einen Orden sie fordert. Der Sinn der Mission unter den Nichtchristen wird vielfach nicht mehr verstanden. Häufig begegnet man dem Argument: Warum sollen wir Menschen, die in ihrer eigenen religiösen Welt beheimatet sind, in das Christentum verpflanzen, das ihnen innerlich fremd bleibt? Können sie nicht auf ihre Art leichter selig werden? Ordensberuf und Missionsberuf waren im Abendland seit ihren Anfängen eng verbunden; sie förderten sich gegenseitig. Das ist natürlich; denn beide setzen einen leidenschaftlichen Glau-

ben und eine totale Hingabe an sie voraus. Diese beiden Eigenschaften können mit rein menschlichen Erziehungskünsten nur gefördert werden; sie sind wesentlich Geschenke göttlicher Gnade und deshalb ein so entscheidend wichtiges Anliegen für ein Gebet, das über die Enge der eigenen Sorge hinausstrebt und zuerst das Reich Gottes sucht. Die Missionsbereitschaft und die Ordensbereitschaft unter der Jugend bieten einen zuverlässigeren Index für die Lebendigkeit des Glaubens als die Statistik der Sonntagsmessen und der Osterkommunionen. Die Berufungen zum Ordensstand und zum Missionsdienst erwachsen in den meisten Fällen aus dem Mutterboden tief gläubiger und bewußt religiöser Familien; in solchem Boden keimen sie fast mit Naturgewalt, wenn sie dann auch nicht immer zur Reife gelangen. Deshalb müssen wir auch um die Kraft dieses Bodens beten.

Die Situation des heutigen Missionars

Aber auch die Missionsorden selbst bedürfen der Hilfe unseres Gebetes, damit sie den Geist bewahren, dem jeder von ihnen, wohl ohne Ausnahme, seinen Ursprung verdankt, und damit sie mit dieser Arglosigkeit der Tauben auch die Klugheit der Schlangen verbinden mögen (vgl. Matth. 10,16), die ihrer Missionsaufgabe unter den heutigen Verhältnissen mehr als früher angemessen ist. Die Ahnungslosigkeit unserer Gläubigen bezüglich der Umstände, unter denen unsere Missionare heutzutage leben und wirken müssen, ist abgrundtief. Leider wird sie durch viel zu viele Appelle an die Sentimentalität eher bestärkt als berichtigt. So ist mancher bestürzt worden durch die Nachricht, daß Albert Schweitzer angeblich sehr unmodern arbeite, was sich dann leicht umsetzt in die Ansicht, daß die caritative Mission der Kirchen hoffnungslos veraltet und durch die Entwicklungshilfe der internationalen Organisationen überflüssig geworden sei. Bilder von einem Missionar, der von einer zahlreichen Schar begierig lauschender Kinder schwarzer Farbe umgeben ist, oder von einer Barmherzigen Schwester, die sich in einer elenden Hütte über eine armselige Menschen-gestalt neigt, sind wahrlich nicht eigens gestellt, aber sie verstellen die unendlich viel härtere und menschlich hoffnungslosere Wirklichkeit, in der unsere Missionskräfte unter den heutigen politischen und sozialen Umwälzungen sich verbrauchen, von der man aber in der Heimat wissen müßte, um die Notwendigkeit des Gebetes für die Missionsorden zu begreifen.

Jeder Missionar und jede Missionsschwester wird durch die Verhältnisse an Ort und Stelle und oft zum zweiten Mal durch die betuliche Schüchternheit der Glaubensgenossen in der eigenen Heimat in Berufs-, wenn nicht in Glaubenskrisen geworfen. Sie müssen sich früher oder später einmal fragen, ob sie die Pioniere der Kirche sind oder deren Bettler. Die Situation der Missionskräfte in vielen und in immer mehr Missionsländern wird bestimmt durch das Mißverhältnis zwischen ihren persönlichen und sachlichen Mitteln und Möglichkeiten und einem Entwicklungsstrom, der über sie hinweggeht, der sie in mehreren Fällen schon aus den Ländern hinweggeführt hat, denen sie ihr Leben gewidmet haben. Das, was jeden Missionar und jede Schwester bis zum letzten Augenblick an ihren Ort bindet, ist die Sorge um die Menschen, die ihnen anvertraut waren. Das sollte man unaufhörlich wiederholen: Wer die Missionen unterstützt, hilft einem Missionar oder einer Schwester, lebendige Menschen zu retten.